

## Fehler nicht Bürgern aufbürden

**ACHIM** ▪ Die Stadt Achim solle Schadensersatzansprüche an den zuständigen Planer wegen Mehrkosten für die Ueser Pausenhalle prüfen und nicht den Bürger über Steuergelder dafür bezahlen lassen.

Das fordert Ratsherr Lars Gagelmann von der Wählergemeinschaft Achim (WGA) in einem an Bürgermeister Uwe Kellner gerichteten Schreiben.

Dieser hatte kürzlich im Schulausschuss über Mehrkosten bei der Pausenhalle Uesen in Höhe von 63 950 Euro berichtet.

Neben nicht beachteten Auflagen des Landkreises bei Sicherheitsmängeln sind demnach auch zwingend vorgeschriebene gesetzliche Vorgaben zum Brandschutz bei der Planung der Halle nicht beachtet worden.

### ■ Gagelmann zur ■ Pausenhalle

„Ich bitte die Verwaltung, mir mitzuteilen, seit wann genau dieser Mangel der Stadt bekannt ist und warum hier bis zum heutigen Tage keinerlei Schadenersatzansprüche gegen Dritte geltend gemacht wurden“, will Gagelmann wissen. Die gesetzlichen Vorschriften müssten doch dem für das Projekt Verantwortlichen vorher bekannt gewesen sein.

Bei allen künftigen Neu- oder Umbauten der Stadt sollten im Vorfeld schon festgestellte Baumängel mit Prüfbericht über mögliche Regressansprüche der Stadt allen Ratsmitgliedern umgehend und nicht erst zum Jahresende zur Kenntnis gebracht werden, verlangt der WGA-Politiker. Allein schon aus den bis heute spürbaren Folgekosten aus dem Rathausneubau müsse die Lehre gezogen werden, grundsätzlich und rechtzeitig die Prüfung von Schadensersatzansprüchen zu veranlassen.